

Zur Erinnerung an die preußische Polenpolitik vor 100 Jahren

Die „Königliche Akademie zu Posen“ und Peter Petersen als Redakteur der „Ost-deutschen Korrespondenz für nationale Politik“

Einführung

Peter Petersen (1884-1952), ab 1923 Erziehungswissenschaftler an der Universität Jena und bekannt durch sein Schulkonzept (Jena-Plan), studierte nach dem Abitur, das er Ostern 1904 am Flensburger Gymnasium ablegte, ab dem Sommersemester 2004 in Leipzig Theologie, wechselte für zwei Semester an die Universität Kiel, wo er auch Philosophie, Geschichte und Sprachen belegte, um (nach einem Kurzaufenthalt an der Universität Kopenhagen von September bis Mitte Oktober 1906) im Wintersemester 1906/07 wieder nach Leipzig zurückzukehren und dort seine Studien fortzusetzen. Doch nach dem Semester in Leipzig wechselte Petersen erneut seinen Aufenthaltsort und ging nach Posen. Der folgende Beitrag ist Petersens Aufenthalt in Posen gewidmet, der von Petersen-Biographen immer erwähnt wird (Döpp-Vorwald 1969, S. 134; Kaßner 1992, S. 11; Kluge 1992, S. 69), ohne dass eine Information über die Posener Akademie und ihre Funktion in der auswärtigen Kulturpolitik des deutschen Kaiserreichs erfolgte.¹

In dem von Barbara Kluge veröffentlichten autobiographischen Bericht Petersens vom 1. Januar 1942 findet sich dazu Folgendes:

„Mit dem Ende meines sechsten Semesters bot sich mir eine Gelegenheit, mich auf eigene Füße zu stellen. Ich bin von da ab selbständig gewesen, und vom Elternhaus wesentlich unabhängig. Vom 1. März 1907 bis zum 10. Januar 1908 war ich Privatassistent des Historikers Buchholz, meines Leipziger Lehrers, dem ich nach Posen folgte, um ihn bei der Herausgabe seiner politischen Korrespondenz, der „Ost-deutschen Korrespondenz“, zu unterstützen. Damals lernte ich die große und so bedeutungsvolle, damals aber den Reichsdeutschen so gut wie unbekannt Welt des Ostdeutchtums gründlich kennen, seine führenden Persönlichkeiten und Kämpfe, seine Geschichte und gegenwärtige Literatur und Zeitungswelt, versuchte auch im Studentenblatt der Leipziger Finkenschaft die deutsche Studentenschaft im Reich auf die Notwendigkeit ihres Einsatzes für dieses damals unbekannt Deutschum hinzuweisen und sie dafür zu gewinnen“ (Petersen, in Kluge 1992, S. 67 f.).

Für die Interpretation des Gesagten ist wichtig zu berücksichtigen, dass der zwölfseitige maschinengeschriebene ausführliche Lebensbericht Petersens, dem das Zitat entnommen ist, im „Dritten Reich“, nach dem Überfall Hitler-Deutschlands auf Polen, verfasst wurde. Durch den besonderen Detailreichtum, die Petersen seinem Text allen auf Schleswig-Holstein bezogenen Aktivitäten angedeihen lässt, ist nicht auszuschließen, dass das Schriftstück einer erwarteten oder erhofften akademischen Funktion im Norden Deutschlands dienen und offiziellen Stellen vorgelegt werden sollte.² Dazu kam es dann aber vermutlich nicht.

¹ Dieser Beitrag für die 10. Deutsch-Polnische Erziehungswissenschaftliche Konferenz der Universität Warszawa (Pädagogische Fakultät), in Sklarska Poreba, 27.9.-01.10.2004, entstammt einer größeren, vor dem Abschluss stehenden Studie mit dem Arbeitstitel: „Christlicher Sozialkonservatismus in der Reformpädagogik. Die Pädagogik Peter Petersens in Politik und Zeitgeschichte“.

² Petersen schildert dabei auch seinen Studienaufenthalt an der Universität Kopenhagen (1906) so ausführlich, dass alle bisherigen Petersen-Biographen davon ausgingen, er habe dort ein Semester verbracht. Die Überprüfung der Leipziger Immatrikulationsakten ergab, dass er ab 26. Oktober 1906 wieder in Leipzig studierte, nachdem er im Wintersemester 1905/06 und im Sommersemester 1906 an der Universität Kiel war, da ihm dort ein Stipendium gewährt wurde. Der Aufenthalt in Kopenhagen begann mit dem (dortigen) Semesterbeginn zum 1. September 1906 und wurde kurz vor der Wiederaufnahme des Studiums in Leipzig beendet, dauerte also kaum länger als sieben Wochen.

Im Folgenden wird unter anderem auch die Frage zu klären sein, ob das deutlich hervortretende *völkische* Denken Petersens („Deutschtum“) zum Zeitpunkt der Geschehnisse, 1907/08, so schon vorhanden war, wie dies Petersen in seinem Lebensbericht von 1942 zum Ausdruck bringt.

Petersen war das älteste von sieben am Leben gebliebenen Kindern. Sein Vater, ein schleswigscher Kleinbauer, konnte nur für einen gewissen Teil der Studien- und Lebenskosten seines ältesten Sohnes aufkommen. Deshalb musste der junge Petersen sein Studium durch Nachhilfe-Unterricht oder – wie in Kiel – durch ein eingeworbenes Stipendium teilweise selbst finanzieren. Das war mühevoll und ließ ihn am Ende des Leipziger Wintersemesters 1906/07 das Angebot annehmen, eine Zeitlang in Posen als hauptverantwortlicher Redakteur des von Gustav Buchholz (1856-1916) herausgegebenen Periodikums „Ostdeutsche Korrespondenz für nationale Politik“ (OdK) zu arbeiten. Daneben hatte Petersen Zeit, an seiner Dissertation zu arbeiten und Lehrveranstaltungen der in Posen befindlichen *Akademie* besuchen.

Die Königliche Akademie zu Posen – ein Baustein in der Polen-Politik Preußens

Posen wurde von Petersen demnach nicht aus Studiengründen, sondern aus finanziellem Anlass zum neuen Domizil gewählt. Für den Theologiestudenten konnte die dortige „Königliche Akademie“ kaum attraktiv sein – nicht nur weil sie über kein theologisches Lehrangebot verfügte, sondern auch weil sie keine Hochschuleinrichtung war. Entscheidend für den Ortswechsel blieb, dass der ehemalige Leipziger Lehrer Petersens, Buchholz, ab 1. Oktober 1906 als Ordinarius in Posen lehrte und den Studierenden gewann, ihn in der Herausgabe eines politischen Blattes redaktionell zu unterstützen. „Politisch“ meint hier: im Dienst der deutschen Polen-Politik stehend.

Die preußische Ostmarkenpolitik sah seit der Reichsgründung 1871 (aber auch schon lange zuvor) die Eindeutschung der besetzten polnischen Gebiete durch verschiedene Maßnahmen vor: die Einführung der deutschen Sprache als alleinige Amtssprache sowie als Schulsprache (mit Ausnahme des Religionsunterrichts), die vermehrte Ansiedlung Deutscher durch Vergabe aufgekauften polnischen Grundbesitzes und nicht zuletzt die kulturelle Stärkung des deutschen Volkstums. Der 1894 gegründete „Ostmarkenverein“ war die Zentrale dieser politisch, ökonomisch und kulturell ausgerichteten Germanisierungsbestrebungen, die jedoch letztlich scheiterten, aber auch bei den deutschen Parteien, insbesondere bei Liberalen und bei der katholischen Zentrumspartei, Widerspruch weckten (vgl. Balzer 1990).

Die Germanisierungspolitik in Posen und Westpreußen hatte den erbitterten Widerstand der polnischen Bevölkerung zur Folge, die in der national gesinnten katholischen Kirche Polens ihren stärksten Rückhalt besaß, aber auch durch bestimmte Formen genossenschaftlicher Siedlungsformen es den deutschen Behörden schwer machte, durch staatlichen Landerwerb deutsche Familien von Rhein und Ruhr als Neusiedler in der Ostmark zu gewinnen (vgl. Korth 1993). Auf diesem Hintergrund sind die Akademiegründung in Posen und als deren Folge die deutlich negative Reaktion der polnischen Öffentlichkeit zu sehen.

Die „Königliche Akademie“ in Posen wurde zum Wintersemester 1903/04, am 4. November 1903, eröffnet. Ihre Auflösung im Frühjahr 1919 erfolgte nach der Kriegsniederlage und dem Zusammenbruch des deutschen Kaiserreichs im Zuge der im Versailler Vertrag festgelegten neuen Grenzen zwischen Polen und Deutschland. Die Akademie besaß eine von Wilhelm II. verliehene Satzung und war eine Schöpfung des Leiters der Hochschulabteilung im preußischen Kultusministerium, Ministerialdirektor Friedrich Althoff (1839-1908), der um die Jahrhundertwende die preußische Hochschulpolitik maßgeblich bestimmte (vgl. Warschauer 1926, S. 153 f.; Kühnemann 1937, S. 123 f.).

Die Akademie besaß keinen Universitätsstatus, sondern war eine besser gestellte Volkshochschule. Ihre Gründung war der vorläufige Schlusspunkt der im 19. Jahrhundert immer wieder aufflackern den Diskussion um die Idee einer Universität in Posen (Schröder 2001, S. 25; 2003, S. 77); „vorläufig“ deshalb, weil es auch nach Gründung der Posener Akademie Stimmen gab, die ihren Ausbau zur Universität forderten. Während die Kritiker – allen voran der Ostmarkenverein – die Gefahr

einer Aufwertung des Polentums behaupteten, sahen die liberal gesinnten Befürworter im Universitätsgedanken die Chance, der Welt zu zeigen, dass die so erreichte Stärkung des „Deutschtums“ nicht die Unterdrückung der polnischen Bevölkerung zum Ziele habe, sondern Präsentation des hohen Potentials deutscher Wissenschaft beinhalte (Schröder 2003, S. 78 f.). Der Akademiegründung gingen jahrelange Bemühungen führender deutscher Kreise in Posen voraus, die Region durch wissenschaftliche und kulturelle Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere durch die Einrichtung eines wissenschaftlichen Vorlesungswesens, kulturell zu stärken. So sehr der Unterdrückungscharakter preußischer Nationalitätenpolitik in den „Ostmarken“ ins Auge fällt, entsprangen die getroffenen Maßnahmen keineswegs einem einheitlichen Grundkonzept, sondern waren Ausdruck eines Konfliktes, dem differente Zielvorstellungen und Interessen zu Grunde lagen.

Die Absicht einer möglichst reibungslosen Eingliederung der polnischen Bevölkerung in den preußischen Staat durch ihre „Germanisierung“ stand in Dauerkonflikt mit dem Ziel, die polnischen Autonomiebestrebungen niederzuhalten, eine Teilhabe von Polen an der Kultur und Ökonomie der Deutschen (wie sie sich im Ruhrgebiet andeutungsweise entwickelte³), in den preußischen Ostprovinzen zu verhindern und das „Deutschtum“ der Deutschen auf Kosten der Polen nach Osten hin auszuweiten. Die „kulturelle Hebung“ der Ostprovinzen erwies sich nicht zuletzt deshalb als unumgänglich, weil der hohen Geburtenrate der Polen eine sehr viel geringere auf deutscher Seite gegenüberstand. Die Gewinnung Siedlungswilliger aus dem Westen des Deutschen Reiches aber war schwierig. Sie konnte allein über die staatliche Förderung günstigen Landerwerbs dauerhaft nicht erreicht werden, sondern bedurfte Maßnahmen, die die „Ostmarken“ auf einem bestimmten Niveau auch dauerhaft kulturell attraktiv machten (vgl. Schröder 2001, S. 24 f.; 2003, S. 97).

Neben der 1902 gegründeten Kaiser-Wilhelm-Bibliothek, zu deren Einweihung Wilhelm II. nach Posen kam, und der Eröffnung des Kaiser-Friedrich-Museums (1902) war die Akademiegründung in Posen eine von mehreren langfristigen Maßnahmen preußischer Kulturpolitik, die das deutsche Geistesleben in den Ostmarken heben sollte (Königliche Akademie 1910, S. 3; Warschauer 1926, S. 131). Dies geschah mit jener deutschnationalen Überheblichkeit, die Preußen wie selbstverständlich gegenüber Polen demonstrierte:

„Wer die Geschichte der ehemals zum Königreich Polen gehörigen Provinzen Preußens auch nur einigermaßen kennt, der weiß, was der preußische Staat aus diesen verwahten und verarmten Gebieten gemacht, wie er in ihnen den Wohlstand vermehrt und die geistige Kultur gefördert hat“ (Ssymank 1913, S. 81).

Der Autor bestritt in diesem Zusammenhang, dass die preußische Regierung mit der Akademiegründung „angreiferische Absichten gegenüber dem Polentum“ gehegt habe. Tatsächlich vergrößerte die Akademie die politischen Spannungen erheblich. Ssymank (1913, S. 83 f.) erwähnt ihre Ablehnung durch die polnische Presse. Irrig wäre allerdings die Annahme, die Posener Akademie sei der Versuch gewesen, der polnischen Bevölkerung durch eine ihr aufgenötigte Institution die höheren Weihen „deutscher Bildung“ erfahren zu lassen. Nein, die „geistige Kolonisation der Ostmark“ (Ssymank 1913) galt der Stärkung des Deutschtums der *Deutschen* in Polen. Der Philosoph Eugen Kühnemann, erster Rektor der Akademie, äußerte sich im autobiographischen Rückblick zur Situation beider Volksteile in Posen wie folgt:

„Dies deutsche Gesellschaftsgefüge war nicht allzu sehr geeignet, die Polen in Liebe zum deutschen Staate zu gewinnen. Polen und Deutsche vollends waren wie zwei feindliche Völker geschieden; es gab zwischen ihnen keinen Verkehr.“ „Aber das Volk in seiner überwiegenden Mehrzahl war doch eben polnisch. An diesem polnischen Volke war der preußische Staat zu einem wahren Wohltäter geworden. Er hatte Polen gegeben, was es nie besaß, einen gebildeten leistungsfähigen und ehrenhaften Mittelstand“ (Kühnemann 1937, S. 130).

³ Die expandierende Kohleförderung im Ruhrgebiet zog etwa ab 1890 in erheblichem Maße polnische Zuwanderer an. 21,6 % der Einwohner von Herne waren im Jahr 1910 polnischer Abstammung. Auch im Ruhrgebiet bewahrten die Polen ihre eigene Identität, bildeten kulturelle, gewerkschaftliche und politische Vereinigungen. Obwohl demnach von einem unmittelbaren „Sog der Assimilation“ in die deutsche Bevölkerung nicht gesprochen werden kann, vollzogen sich langfristig auf friedlichem Wege soziokulturelle Integrationsvorgänge in bedeutendem Umfang (vgl. Mommsen 1995, S. 65 f.).

Die Selbstverständlichkeit, mit der diese Sätze von einem international erfahrenen, nationalliberal denkenden Gelehrten als Angehörigem einer europäischen Großmacht mit imperialem Anspruch ausgesprochen wurden, lässt uns heute die „Kulturmission“ des deutschen Kaiserreichs nicht ohne Skepsis und Erschrecken betrachten (vgl. vom Bruch 1982). Sie offenbart die übliche Form der Rechtfertigung für die Unterdrückung anderer Völker, wie sie vor dem Ersten Weltkrieg hierzulande existierte.

Während die Briten über mehrere Jahrhunderte hinweg gelernt hatten, als Weltmacht zu agieren, gründete sich der Nationalismus deutscher Gelehrter unter Wilhelm II. auf den relativ kurzfristig vollzogenen, innerhalb weniger Jahrzehnte erfolgten ökonomischen und politischen Aufstieg Deutschlands zur europäischen Großmacht. Ihnen ging es darum, die kulturelle Überlegenheit der Deutschen in das Licht internationaler Aufmerksamkeit zu rücken. Auf die professionelle Weltpolitik Englands anspielend, sprach ein deutscher Diplomat nicht ohne Selbstironie davon, dass „der politische Geltungsdrang des deutschen Volkes einen „Mangel an Urteil und Zielsicherheit“ zeige, dafür umso mehr Emotionalität besitze:

„Aber gerade dieses Überwiegen des gefühlsmäßigen Charakters in dem deutschen Nationalismus zeigt, wie viel dieser unpolitischen Nation noch zu jenen Eigenschaften fehlt, welche die großen weltpolitischen Völker aller Zeit besessen haben und besitzen mußten. Leidenschaft allein hat zu keiner Zeit ausgereicht. Der deutsche Nationalismus hat noch ein wenig von den Manieren eines jungen Hundes an sich, der linkisch und schwerfällig, noch nicht weiß, wie er die noch ungelenten Glieder gebrauchen und wann er bellend soll“ (Ruedorffer 1914, S. 109, S. 111).⁴

Das Bildungsangebot der Posener Akademie sollte erstens die allgemeine Bildung der Deutschen (vornehmlich Beamtenschaft und Militär) in Posen fördern, zweitens ein Aushängeschild des Deutschtums in der Region sein und drittens in Form besonderer Kurse auch der Lehrerfortbildung dienen. Doch schon in den ersten Jahren ihres Bestehens hatte die Akademie mit abnehmenden Hörerzahlen zu kämpfen. Nicht das Abitur, sondern nur das „Einjährige“ (Obersekundareife und einjähriger freiwilliger Wehrdienst) waren Voraussetzung für die Einschreibung als Hörer von Vorlesungen. Vielleicht war dies ausschlaggebend dafür, dass sich der Universitätsstudent Petersen in seinem Lebenslauf von 1942 als „erster Vollstudent“ der Akademie Posen bezeichnete (in Kluge, S. 67 f.). Richtig ist das allenfalls im übertragenen Sinne; die Aussage lässt aber auch eine ironische Deutung zu. Denn der durch Immatrikulation verliehene korporationsrechtliche Status des Studenten konnte an der Posener Akademie nicht erworben werden. Allerdings besaß die Akademie neben Lehrbeauftragten und Lektoren eine Reihe von Professoren mit Ordinariengehalt.⁵

Petersen hörte in seinen beiden Posener Semestern Pädagogik-Vorlesungen des Dilthey-Schülers Rudolf Lehmann (1855-1927), der als Berliner Gymnasiallehrer zum gleichen Zeitpunkt wie Buchholz an die Posener Akademie berufen worden war und dort bis zu ihrer Schließung lehrte. Ebenso besuchte er Vorlesungen des Germanisten Conrad Borchling, der 1910 einem Ruf an das Hamburger Vorlesungswesen folgte. Als Dekan der philosophischen Fakultät der 1919 gegründeten Hamburger Universität spielte Borchling bei der Besetzung der Hamburger Pädagogik-Professur Anfang der zwanziger Jahre für Petersen eine wichtige Rolle. Der Lehrstuhl wurde 1923 mit Gustaf Deuchler besetzt; Petersen, seit 1920 Hamburger Privatdozent, kam auf einen dritten Listenplatz.

Um ein weiteres Absinken der Hörerzahlen der Akademie in Posen zu stoppen, wurde mit dem Wintersemester 1909/10 Studierenden des höheren Lehramtes der Fächer Deutsch, Englisch und Französisch die Möglichkeit eröffnet, sich zwei Akademie-Semester in Posen auf ihre Gesamtstudienzeit anrechnen zu lassen.

⁴ Hinter dem Pseudonym J.J. Ruedorffer verbirgt sich der deutsche Diplomat und zeitweilige Berater Bethmann-Hollwegs, Kurt Riezler (1882-1955); anhand Riezlers Kriegstagebücher vertrat der Hamburger Historiker Fritz Fischer („Griff nach der Weltmacht“, Fischer 1967) die These von der wesentlichen Alleinschuld Deutschlands am Ersten Weltkrieg.

⁵ Ich danke Christoph Schutte, geb. Schröder, Herder Institut der Universität Marburg, für eine Reihe wertvoller Literatur- und Sachhinweise zur Königlichen Akademie in Posen.

Gustav Buchholz und die „Ostdeutsche Korrespondenz für nationale Politik“

Hochschullehrer historisch-geisteswissenschaftlicher Disziplinen, deren Forschung auf das Deutschtum in Osteuropa gerichtet war, waren für eine Berufung an die Posener Akademie in besonderer Weise qualifiziert. So hatte der deutschnational gesinnte Gustav Buchholz, der sich 1888 für neuere und mittlere Geschichte in Bonn habilitierte, in vielen Archiven europäischer Hauptstädte geforscht, bevor er 1895 in Leipzig ein Extraordinariat erhielt. Während der Leipziger Zeit gewann er während mehrerer Hochgebirgstouren Interesse an den deutschen Sprachinseln und Grenzgebieten im österreichisch-italienischen Raum und profilierte sich als politischer Journalist. „Der Kampf des Deutschtum um seine Geltung in den Grenzländern“ (Tümpel 1917, S. 36) wurde für Buchholz ein zentrales Anliegen. Er gab ab 1903 eine „nationale Korrespondenz“ über Österreich heraus, die er an reichsdeutsche Zeitungen verschickte. Das Unternehmen war finanziell nicht zu halten. 1905 fand er in Wien schließlich Geldgeber, die das Erscheinen eines neuen Periodikums, „Ostdeutsche Korrespondenz für nationale Politik“, für drei Jahre sicherten. Das erste Heft erschien am 5. Januar 1905 bei Breitkopf & Härtel in Leipzig. Das neue Publikationsorgan fand in der deutschsprachigen Presse innerhalb und außerhalb des Reiches durchaus Resonanz. Das unerwartete Angebot Althoffs an Buchholz, an der Akademie Posen zu lehren, war für den Extraordinarius für mittelalterliche politische Geschichte und Quellenkunde um so eher Anlass sofort zuzusagen, als er damit auch dem bestehenden Dauerkonflikt mit dem Ordinarius, Karl Lamprecht, entgegen konnte (ebenda, S. 30, S. 41). Ab Nr. 2 des dritten Jahrgangs 1907 erschien die „Ostdeutsche Korrespondenz“ in *Posen* (ebenda, S. 38). Petersen begann demnach seine Aufgabe in Posen, als der Verlagswechsel bereits vollzogen war.

Die Vereinbarung, die Petersen als Studierenden am Ende des sechsten Studiensemesters in der Funktion eines „Privatassistenten“ Buchholz' Anfang März 1907 nach Posen führte, wurde offenbar in Leipzig getroffen, wo er nach dem Kopenhagener Aufenthalt seit 26. Oktober 1906 wieder immatrikuliert war. Es ist davon auszugehen, dass Buchholz den Studenten Petersen auf der Grundlage eines privaten Arbeitsvertrages engagierte. Dafür gab es einen besonderen Grund. Buchholz' Ehefrau war lebensgefährlich erkrankt. Sie lag in Leipzig im Krankenhaus. Das Leiden seiner Frau stürzte Buchholz im Januar 1907 in eine Lebenskrise, in deren Folge er sich mehr in Leipzig als an seinem Dienstort Posen aufhielt. Aus Tümpels biographischem Bericht geht hervor, dass Buchholz' Frau sich am 26. Januar 1907 einer schweren Operation unterzog. Nach einem Erholungsurlaub musste sie wieder die Klinik aufsuchen, sie starb in Leipzig am 22. Juni 1907. Wenn Buchholz seit Anfang 1907 zwischen Leipzig und Posen noch hin- und herpendelte, so war er von den Osterferien 1907 durchgängig bis zum Wintersemester nicht in Posen.⁶ Im „Winter“ (ebenda, S. 46). kehrte er dorthin zurück; im Januar 1908 erlitt er einen völligen Nervenzusammenbruch, der ihn für längere Zeit arbeitsunfähig machte. Seine Zeitung erschien nach 1908 nicht mehr. Döpp-Vorwald schreibt:

„Professor Buchholz gab in Posen eine ‚Ostdeutsche Korrespondenz für nationale Politik‘ mit Nachrichten über die Entwicklungstendenzen in den ost-mitteleuropäischen Ländern unter dem Aspekt der Volkstumspolitik heraus, an der Petersen mitarbeitete; von Nr. 21 bis Nr. 50 des 3. Jahrgangs 1907 (April bis August) heißt es im Impressum: ‚Verantwortlich i.V.: Peter Petersen in Posen‘“⁷ (Döpp-Vorwald 1969, S. 134).

Wie meine Nachprüfung anhand der Ausgaben der OdK ergab, zeichnete Petersen erstmals mit der Ausgabe Nr. 21 vom 9. April 1907 als verantwortlicher Herausgeber. Da Petersen seinen letzten Beitrag in Nr. 55 vom 9. September 1907 veröffentlichte (Stallmeister 1999, S. 74) - hier also Döpp-Vorwalds Angabe „August“ zu korrigieren wäre - dürfte Buchholz ab Nr. 56 (Anfang Okto-

⁶ Soweit die Angaben von Tümpel. Buchholz richtet in Nr. 42 und Nr. 43 der OdK (21./28.06 1907) an die Leser „ein persönliches Wort“, mit dem er den Tod seiner Frau nach schwerer Krankheit mitteilt. Die vorausgegangenen persönlichen Belastungen seit Jahresbeginn hätten ihn „seit Monaten“ vom Sitz der OdK ferngehalten, ihr normales Weitererscheinen soll ab 1. Oktober wieder sichergestellt sein, bis dahin sei die normale Erscheinungsweise nicht gewährleistet. Es erscheinen dennoch unter Petersens Redaktion einige Artikel, die vermutlich von ihm selbst stammen.

⁷ Verantwortlich i.V. = Verantwortlich in Vertretung

ber) die Redaktion wieder übernommen haben: ab Nr. 57 (9. Oktober) ist Buchholz' als Redakteur sicher nachweisbar.⁸

Bei der OdK handelt sich um eine unregelmäßig erscheinende *Zeitung*, nicht um eine *Zeitschrift*, da sie nur aus *einem Blatt* ungefähr in DIN-A3-Größe besteht. Es ist sprichwörtlich alles dafür, dass Petersen *alle* 30 Nummern zwischen dem Nr. 21 vom 9. April und der letzten Septemberausgabe, Nr. 55, redigierte, auch wenn in ein bis zwei Ausgaben aus besonderem Anlass Buchholz selbst das Wort nimmt. Der weitaus größte Teil der Artikel besteht aus der Wiedergabe ausführlicher Zuschriften von namentlich nicht genannten „gut unterrichteten Kreisen“ sowie von übernommenen Zeitungsberichten zu aktuellen Problemen, die redaktionell (also von Buchholz bzw. Petersen) bearbeitet und kommentiert wurden, ohne dass immer erkennbar ist, an welchem Punkt der von dritter Seite geschriebene und übernommene Bericht in einen persönlichen Kommentar des Redakteurs übergeht. Das macht auch eine eindeutige Zuordnung Petersens als Autor von Beiträgen manchmal schwierig.⁹ Jede Einzelausgabe besteht meistens aus drei unterschiedlich langen Beiträgen, von denen einer der Ostmarkenpolitik, ein zweiter „Österreich“ und ein dritter „Ungarn“ (Banat/Siebenbürgen) gewidmet ist; manchmal tritt anstelle eines der drei, meistens anstelle von „Ungarn“, auch „Rußland“ (mit Berichten über die Baltendeutschen) oder ein anderes deutsch besiedeltes Gebiet, wie die Bukowina.

Die preußische Germanisierungspolitik im Spiegel der Redaktion Petersens

Als Petersen nach Posen ging, herrschte in der Stadt wie in der gesamten Provinz Posen unter der polnischen Bevölkerung erhöhte Unruhe. Im Jahr 1906 waren an mehreren Orten der Provinz länger anhaltende Schulstreiks der polnischen Schülerschaft ausgebrochen. Das war die erbitterte Antwort der Bevölkerung auf die Anordnung, dass auch der Religionsunterricht an polnischen Schulen - es gab strikte Nationalitätentrennung - auf deutsch erteilt werden müsse (vgl. Margies 1972, S. 47). Auch in den Jahren zuvor fanden in mehreren Gebieten Protestversammlungen und Demonstrationen statt der aufgebrachten Polen statt, die zu Gerichtsurteilen und Gefängnisstrafen aus demselben Anlass geführt hatten. Von Januar bis März 1907 standen die Schulstreiks in Posen und darüber hinaus auf der Tagesordnung mehrerer Sitzungen des preußischen Landtages (vgl. Kort 1963, S. 140 f.). Doch die harten Maßnahmen der Behörden, die Exekutivstrafen der Eltern einschlossen, brachten die Streikmotivation vorerst zum Erlahmen. Es herrschte - auch in der polnischen Presse - eine Stimmung die zwischen Resignation und nationalem Aufbegehren schwankte. Buchholz schrieb in Nr. 17/1907 (v. 19.03.07) triumphierend:

„Der polnische Schulstreik ist seit Monaten in unaufhaltsamem Rückgange. Streikten in den Tagen seiner Höhe (im November v.J.) etwa 48.000 Kinder, so ist die Zahl heute schon auf die Hälfte (25.000) heruntergegangen und wer die Verhältnisse kennt, weiß, daß er nach Ostern noch rapider zurückgehen wird. [...] Der von den Polen vor einem halben Jahre frivol herbeigeführte Schulstreik hat, das kann man sagen, seine *politische* Bedeutung heute schon völlig eingebüßt. [...] Die ruhige Festigkeit der Regierung, die keinen Schritt zurückwich, aber auch nicht einen zu weit ging, war der Tod einer Bewegung, die ohne innere Nötigung als Produkt künstlicher Mache entstanden, im Volksempfinden keine tieferen Wurzeln hat. Wir sollten daraus lernen, daß wir auch künftig den Polen nicht durch Nervosität imponieren werden sondern einzig durch kalte Ruhe“ (Buchholz, OdK Nr. 17, vom 19.03.1907)

Damit man einen Eindruck bekommt, welche politischen Überzeugungen Petersen als Redakteur der OdK an Stelle von Buchholz zu vertreten hatte, seien zwei weitere Zitate von Buchholz zur preußischen Ostmarkenpolitik wiedergegeben. Einen längeren Artikel zur Gewinnung deutscher

⁸ Ich danke Nicole Gysemberg, Historisches Seminar der Universität Münster, für Kopien des Jahrgangs 1907 der „Ostdeutschen Korrespondenz für nationale Politik“; leider sind Nr. 50-56 nicht mehr erhalten, das Periodikum selbst ist im GBV anderenorts nicht nachweisbar. Der Jahrgang 1907 endet mit Nr. 81, vom 23.12.07.

⁹ Ein sicheres Unterscheidungsmerkmal ist darin zu sehen, dass jene Beiträge, die mit den Worten beginnen: „Man schreibt uns: ...“ von Buchholz stammen, während erst mit Petersens Redaktionsübernahme die Formulierung auftaucht: „Man schreibt der Ostdeutschen Korrespondenz“. Einige Artikel während Petersens Redaktionszeit beginnen auch mit „Man schreibt uns“; die Schärfe des Diktions lässt hier Buchholz als Autor mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit vermuten.

Siedler in Polen durch die Ansiedlungskommission schließt Buchholz mit der festen Erwartung an die neue deutsche Siedlungsgemeinde,

„daß sie ein für alle Zeit *gesicherter Stützpunkt des deutschen Volkstums* wird und daß ihre Söhne und Enkel sich ausbreiten in der neuen Heimat ihrer Väter. Dann haben Regierung und Volksvertretung nicht vergeblich angeknüpft an die besten Traditionen des preußischen Staatsbewußtseins, an den altpreußischen Gedanken der *Kolonisation des deutschen Ostens*“ (Buchholz, OdK Nr. 14, vom 05.03.07).

Mit der Wiederaufnahme der Redaktionsarbeit im Herbst 1907 schreibt Buchholz:

„Mag man im gegnerischen Lager nach Belieben darüber schelten, daß den Polen in den Ostmarken nicht die volle Gleichberechtigung mit den anderen Bevölkerungsgruppen eingeräumt werde, wer die historische Bedeutung des Nationalitätenkampfes im Osten zu würdigen weiß, wird eine kraftvolle Polenpolitik des preußischen Staates nicht nur als berechtigt, sondern als bitter notwendig anerkennen. *Was der Staat zur Niederzwingung eines staatsfeindlichen Polentums braucht, muß er haben.* Das erfordert die Pflicht unserer nationalen Selbsterhaltung, und damit bleiben wir auch vollkommen auf dem Boden und in den Formen des Rechts. Solange das polnische Volk die unauflösliche Zugehörigkeit der von den Polen vorwiegend besiedelten Provinzen zur preußischen Monarchie nicht als unabänderliche Tatsache bedingungslos anerkennen will, darf von einem Einlenken in die Bahnen milder Versöhnlichkeit den Polen gegenüber nicht die Rede sein“ (Buchholz, OdK Nr. 57, vom 20.09.07)

In dieser politisch angespannten Zeit schrieb Petersen von April bis September des Jahres 1907 als verantwortlicher Redakteur der von Buchholz herausgegebenen „Ostdeutschen Korrespondenz für nationale Politik“ eine Reihe von Artikeln, die sich alle mit den Ostmarken sowie dem deutschen Volkstum in Ost- und Südosteuropa auseinandersetzen. Die in der Petersen-Bibliographie von Walter Stallmeister (1999, S. 73 f.) zusammengetragenen Titel, die in den Monaten August und September erschienen, sind aufschlussreich:

„*Österreich. Die Deutschen in Böhmen und der tschechische Landesausschuß - Österreich. Ein Band der Deutschen in Galizien - Ostmarken. Ansiedlung und Stadtentwicklung in den Ostmarken - Ostmarken. Das staatliche Ankaufsgeschäft in den Ansiedlerprovinzen - Ostmarken. Der nationale Block in der Ostmarkfrage - Ostmarken. Die Exporttätigkeit des Ostens - Ostmarken. Landarbeiterfrage und Ansiedlungskommission - Ostmarken. Was tun? - Rußland. Deutsche Gemeinschaftsarbeit in Rußland - Ungarn. Von der nationalen ‚Einschmelzung‘ der Deutschen in Ungarn*“ (zitiert nach Retter 1996, S. 38).

Petersen hatte also bereits vor dem Abschluss seines Universitätsstudiums eine intensive Auseinandersetzung mit politischen und kulturellen Fragen in den preußisch besetzten Gebieten Polens sowie mit der Situation deutscher Volksgruppen außerhalb Deutschlands. Die Frage ist, ob der junge Student Petersen in etwa dieselbe Meinung zur preußischen Ostmarkenpolitik vertrat wie sein Mentor Buchholz oder aber eine signifikant andere Einstellung besaß. Die Analyse jener Beiträge, die mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit von Petersen stammen, bestätigt den nationalen Grundzug seines Denkens. Allerdings ist, anders als bei Buchholz, keine Überheblichkeit oder Schärfe des Tonfalls spürbar. Die meisten Beiträge Petersens über die Ostmarken gelten der Ansiedlungspolitik, die grundsätzlich als notwendig beurteilt wird. So warnt Petersen vor der Meinung der „Magdeburgischen Zeitung“, dass die Wahlen zum Deutschen Reichstag, die den Polen im Jahr 1907 gegenüber 1903 nur unwesentliche Stimmenzuwächse bescherten, Anlass sein könnten zu glauben, dass dem Deutschtum im Osten keine Gefahr mehr durch Überfremdung drohe; man habe zwar in der Polenfrage kaum Anlass, schwarz zu sehen, sollte sich aber auch nicht in falscher Sicherheit wiegen:

„Gerade den Polen gegenüber wird noch für lange gelten: den Kopf klar, die Hand fest und – *nur keine Illusionen*“ (Petersen, OdK Nr. 25, vom 23.04.07).

Zur Frage, ob deutsche Katholiken in den Ostmarken bei den letzten Reichstagswahlen im Januar 1907 eher geneigt waren, einem polnisch-katholischen oder einem evangelisch-deutschen Abgeordneten ihre Stimme zu geben, stellt Petersen befriedigt fest, dass überwiegend die letztgenannte Option wahrgenommen worden sei, und er schließt den Beitrag mit den Worten:

„Die Parole, die in den Ostmarken allein ausgegeben werden darf, ist diese: Hie deutsch, hie polnisch! Was darüber ist, ist vom Übel“ (Petersen, OdK Nr. 34, v. 28.05.07)

Damit ist Petersen weit davon entfernt, liberalen Sichtweisen Raum zu geben oder gar Verständnis für die Situation der polnischen Bevölkerung aufzubringen. Es geht vor allem um die Bestätigung des machtpolitischen *status quo*. In der OdK-Ausgabe Nr. 35 (31.05.07) begründet Petersen die Teilung Polens 1772 nicht mit der militärischen Stärke oder der Kulturüberlegenheit Preußens, wie es der Argumentation Buchholz' entsprechen würde, vielmehr lässt er zur Rechtfertigung der Unterwerfung des Nachbarvolkes international bekannte historische Größen zu Wort kommen, die qua Autorität keinen Widerspruch dulden. So wird Thomas Carlyle (1795-1881) zitiert (bekanntlich ein Bewunderer der Machtpolitik des preußischen Königs Friedrich II.), der gesagt habe, die Teilung Polens sei notwendig zur Vermeidung eines europäischen Krieges gewesen; Petersen schließt mit der zustimmungsheischenden Schlussfolgerung, dass „ja wohl selbst der unerschrockenste polnische Publizist“ es kaum zu Wege bringen würde, den „großen Schotten“ als *Hakatisten* zu bezeichnen.¹⁰

Im Juli und im August 1907 erscheinen OdK-Artikel, die alle um dasselbe Thema kreisen: die erschwerte Situation der Ansiedlung Deutscher in den Ostmarken als Rechtfertigung für den im preußischen Abgeordnetenhaus eingebrachten Antrag von Konservativen und Liberalen zur Novellierung des Ansiedlungsgesetzes, um die Eingriffsmöglichkeiten der Ansiedlungskommission beim Aufkauf von polnischem Besitz zu stärken. Eingeleitet werden die Beiträge, durch einen Artikel Buchholz' in Nr. 42 vom 26.06.07¹¹, der „das *scharfe Offensivmittel der Enteignung*“ fordert, damit den Polen „ein für alle Mal in Friedens- wie in Kriegszeiten die Lust vergeht, die Hoffnung auf Wiedererrichtung des Jagellonenreiches zu nähren“. Zwei Ausgaben später setzt Buchholz nach:

„Wir müssen demnach in der Enteignung immer noch das zweckmäßigste und am schnellsten zum Ziele führende Kriegsmittel in diesem unseren Volkstume aufgedrungenen Kampfe sehen und weil es das *schärfste Mittel* ist, ist es auch das *humanste*“ (Buchholz, OdK Nr. 44, vom 09.07.07).

Petersen widmet sich dem Thema in einer vorangegangenen Ausgabe des Blattes, in Nr. 42 (28.06.07) – mit einer deutlich gemäßigten Diktion, die darauf abhebt, alle Scharfmacherei zu vermeiden:

„Kurzum, man sollte sorgfältig alles vermeiden, was der polnischen Agitation unnötig Flamme geben kann. An die Möglichkeit, die Polen zu Deutschen zu machen, denkt ja kein Verständiger. Aber die Verschiebung der Bevölkerungsziffer in den Ostmarken zugunsten des Deutschtums bis zu seinem absoluten Überwiegen *kann* man erreichen und sollte danach unter sorgfältiger Beobachtung aller durch die Erfahrung an die Hand gegebener Klugheitsregeln streben“ (Petersen, OdK Nr. 42, v. 28.06.07)

Abgesehen von der Möglichkeit, als dreiundzwanzigjähriger Student die eigene Grundeinstellung zu nationalen Fragen vor einer nationalkonservativ eingestellten Leserschaft mit jener Achtung erheischenden Balance von erhoffter Akzeptanz und eigenständiger Meinung zum Ausdruck zu bringen, lernt Petersen in der Posener Zeit in erster Linie journalistisches Handwerk. Und dies in einem kulturpolitischen Bereich, der von zahlreichen kontroversen Meinungen beherrscht wird, weshalb für ihn als Außenstehenden, in einer Position der Stellvertretung arbeitend, bei aller Wahrung der nationalen Grundaussage die vernunftgeleitete *Argumentation* zum Mittel wird, um der gestellten Aufgabe gerecht zu werden.

Petersens Appell an die freie deutsche Studentenschaft – Ausdruck eines inneren Konfliktes

Petersens Artikel machen deutlich, dass sein Eingehen auf die sogenannte Ostmarkenpolitik, anders als dies bei Buchholz der Fall ist, nicht bloße Bekräftigung des preußischen Machtanspruches darstellt, sondern immer auch den Versuch darstellt, „vernünftige“ Gründe für deren grundsätzliche Richtigkeit zu finden. Gleichzeitig werden um Differenzierung bemühte Rechtfertigungsmuster

¹⁰ Hakatisten waren die Mitglieder des Ostmarkenvereins, bezeichnet nach den Anfangsbuchstaben der Namen der Gründungsmitglieder Hansemann, Kennemann, von Tiedemann-Seeheim.

¹¹ Die Identifizierung Buchholz' als Autor beruht auf dem in Anmerkung 9 genannten Kriterium.

sichtbar, die vor Einseitigkeiten warnen und Einerseits-andererseits-Abwägungen Raum geben. Diese Tendenz ist noch sehr viel stärker ausgeprägt in einem kurzen Artikel Petersens über „Die deutsche Studentenschaft und die Ostmarkenpolitik“ im Organ der Freien Studentenschaften („Fin-kenschaft“)¹² Leipzig vom 5. November 1907 – eine Art Resümee seiner Posener Erfahrungen.

Hier führt Petersen aus, die deutsche akademische Jugend habe aus den in ganz Europa aufflammenden Nationalitätenkämpfen zu lernen, „sich fester an ihr Volkstum anzuschließen, für seine nationalen Güter und Werte alles einzusetzen und dadurch das eigene Volkstum neu zu beleben.“ Dies war nicht im Sinne eines nationalen Germanisierungsprogrammes zu verstehen, sondern wird sowohl mit der Achtung des Anspruchs kultureller Selbstverwirklichung aller ethnischen Minderheiten versehen als auch mit der Relativierung des eigenen Nationalgefühls gegenüber anderen Nationen. „An allen Orten sehen wir das nationale Eigenbewußtsein sich regen und Blüten treiben in Gutem und Schlechtem, wie es das Los menschlichen Handelns nun einmal ist“ (Petersen 1907, S. 131).

Petersen fragt kritisch: „Sollen wir uns etwa großtuerisch und selbstzufrieden hinter unsere ‚überlegene Kultur‘ flüchten, der alles zum Opfer fallen müsse?... Laßt uns lernen von den fremden Nationen einzutreten für unsere Nation.“ Endziel wäre die Versöhnung aller Menschen miteinander, die aber solange in weite Ferne gerückt sei, solange nicht jeder an seinem eigenen Volk, dem er angehört, bewusst Anteil teilnehme. Das entsprach keineswegs jener Diktion, die er 1942 zu bemühen suchte: „die deutsche Studentenschaft im Reich auf die Notwendigkeit ihres Einsatzes für dieses damals unbekanntes Deutschtum hinzuweisen und sie dafür zu gewinnen“ (Petersen, Lebensbericht, siehe oben).

Der von Petersen 1907 für die Leipziger Studentenpresse geschriebenen Beitrag geht von einer Maxime nationalen Denkens aus, die schon Karl Lamprecht vertrat, jener – in seiner eigenen Zunft umstrittene – Leipziger Historiker, dem sich Petersen am engsten verbunden fühlte: die Kenntnis und Achtung der eigenen Kultur ist die Brücke zur Achtung anderer Kulturen. Und bezogen auf die Völker: „In ihrem letzten und höchsten geistigen Gehalte sind sie alle gleichwertig...“ (Petersen 1924, S. 256).

Petersen übernahm diesen Grundsatz sowohl in seiner „Allgemeinen Erziehungswissenschaft“ von 1924 als auch in seinem Pariser Vortrag auf dem fünften Kongress für sittliche Erziehung (Petersen 1930, S. 683 f.). Petersens Einstellung ist ein Votum für Toleranz, indem die emotionale Bindung an die eigene Kultur mit der Bindung anderer Völker an ihre Kultur in Beziehung gesetzt wird. In dieser Mittlerposition ist Petersens Grundaussage weder als direkte Unterstützung noch als öffentliche Kritik preußischer Machtpolitik zu interpretieren. Vielmehr kommen rationale Argumentation und psychologisches Einfühlungsvermögen zum Einsatz, um die Bindungskraft der nationalen Kultur für die personale Identität hervorzuheben.

Der Bauernsohn Petersen war dem preußischen Staat, der sich 1866 seine Heimat Schleswig, die zuvor dänisch war, einverleibt und zur preußischen Provinz gemacht hatte, keineswegs hörig. Seine eigenen politischen Visionen hingen eher am Gedanken der Autonomie der Herzogtümer Schleswig und Holstein, als dass er für die Rolle des Untertanen der preußischen Krone besondere Begeisterung entwickeln konnte. Die Aufforderung des jungen Petersen an diejenigen, die Herrschaft ausüben, vom Nationalgefühl derjenigen zu lernen, die unterdrückt werden, mag heute naiv oder sogar zynisch wirken, aber sie drückte damals die historische Erfahrung des eigenen Lebenskreises aus: Von wechselnden Herrschaften usurpiert zu werden und sich gegenüber der Machtpolitik des weit entfernten Herrschaftssitzes die eigene Existenz in Würde zu bewahren, gelingt nur über das Wachen des nationalen Freiheitsanspruchs der Ethnie.

¹² Die nichtkorporierten Studierenden hatten sich vor der Jahrhundertwende zu einer eigenen Gruppe zusammengeschlossen; sie bildeten damals eine unterprivilegierte Alternativbewegung, denn im wilhelminischen Deutschland wurde der Korpsstudent zum Idealbild des höheren Bildungsbürgertums (vgl. Jarausch 1989, S. 185 f.). Petersen hatte eine Abneigung gegen alle Art von Uniformen und Uniformiertheit samt dem daraus resultierenden studentischen Korpsgeist; besonders verhasst waren ihm schlagende Verbindungen und deren Milieu.

Die preußische Politik der Unterwerfung gab dem starken polnischen Nationalgefühl Auftrieb – eine moralische Antwort der Ohnmächtigen auf die Pression der Mächtigen: Die Deutschen, die eine solche moralische Legitimation den Polen gegenüber nicht vorweisen konnten, waren genötigt, das machtpolitische Interesse, in dessen Dienst die Stärkung des „Deutschtums“ gestellt wurde, mit hehren Argumenten zu verdecken, wie sie in den zitierten Formeln zum Ausdruck kommen: „Friedenssicherung in Europa“ oder „Hebung des Lebensstandards durch die deutsche Infrastruktur“. Doch dieser üblichen Argumentationslinie, die Buchholz in Anspruch nahm, folgte Petersen nicht.

Unterzieht man Petersens OdK-Beiträge einer Analyse hinsichtlich ihrer Konnotationen, dann herrschte bei ihm eine Mischung aus Bewunderung und Bedauern vor, dass die Polen es dank ihrem Volkstum und ihrem ausgeprägten Nationalstolz schafften, jenen Deutschen, die sich in Posen und Westpreußen aus rein ökonomischen Motiven ansiedelten (bei geringer Geburten- und erhöhter Abwanderungsquote im Vergleich zu den Polen), in ihrer volklichen Zusammengehörigkeit weit überlegen zu sein. „Die Polen haben etwas, was uns Deutschen fehlt!“, so müsste diese Erkenntnis formuliert werden.

Bei Petersen wirkte die kompensatorisch auftretende Sehnsucht nach größerer Wertschätzung des eigenen Volkstums durch die Öffentlichkeit als Ausdruck eines rational nicht bewältigten Konfliktes. Es ist der Konflikt zwischen deutscher politischer Vorherrschaft und dem moralischen Recht der Polen, dieser Vorherrschaft zu trotzen. Dass aus deutschem Unrecht polnisches Volkstum verstärkt hervorging, war die eine Seite des Problems, die andere lag darin, dass von „Liebe zum eigenen Volk“, die Petersen in späteren Veröffentlichungen immer wieder beschwor, bei den Deutschen nicht gesprochen werden konnte. Statt dessen konnte man nationale Besatzermentalität, Rang- und Standesunterschiede innerhalb der deutschen Beamenschaft und des Offizierskorps in Posen konstatieren. Da blieb dem Studenten Petersen nur noch, die „deutsche Kultur“ zu beschwören, und der Zweifel, dass sich die Deutschen ihrer eigenen Kultur nicht als würdig erweisen können:

„Soviel ist aber klar, in *unseren* Tagen hat der engere, aber nicht minder große Gedanke des Nationalen *erstes* Recht und er kann es verlangen, da sich die akademische Jugend, die sich berufen fühlt, der Nation die Führer zu stellen, nicht nur flüchtig mit ihm beschäftige, sondern ihn zu einem Ideale erhebe, ihm nachzustreben und nachzuleben. Wir haben im eigenen Lande Nationalitätenfragen genug, aus denen wir lernen können, was ein Volk vermag, wenn es sich für seine höchsten Güter einsetzt Und da sollten wir Deutsche uns nicht einsetzen für unsere Güter?“ (Petersen 1907, S. 131)

Der konservative Zug in Petersens Reflexionen gibt sich ausgleichend und ist nicht aggressiv, aber er bleibt eine Klärung des Verhältnisses schuldig zwischen einem Volkstum der Mächtigen, das kolonialisierenden Charakter hat, und einem Volkstum der Ohnmächtigen, das im Dienst des Überlebens und des aktiven Widerstandes steht.

Literatur

- Balzer, B. (1990): Die preußische Polenpolitik 1894-1908 und die Haltung der deutschen konservativen und liberalen Parteien (unter besonderer Berücksichtigung der Provinz Posen). Frankfurt/M.
- Bruch, R. v. (1982): Weltpolitik als Kulturmission. Auswärtige Kulturpolitik und Bildungsbürgertum in Deutschland am Vorabend des Ersten Weltkrieges. Paderborn.
- Döpp-Vorwald (1969): Die Erziehungslehre Peter Petersens. 2. Aufl. Ratingen.
- Fischer, F. (1967): Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschlands 1914/18. Sonderausgabe, nach der 3. Aufl. bearbeitet. Düsseldorf. (Erstdruck 1961).
- Jaraus, K.H. (1989): Die Krise des deutschen Bildungsbürgertums im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts. In: Kocka, J. (Hrsg.): Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert. Politischer Einfluß und gesellschaftliche Formation. Stuttgart, S. 180-205.
- Kaßner, P. (1992): Peter Petersen. Politische und pädagogische Handlungsfelder. In: Rülcker, T./Kaßner, P. (Hrsg.): Peter Petersen: Antimoderne als Fortschritt? Erziehungswissenschaftliche Theorie und pädagogische Praxis vor den Herausforderungen ihrer Zeit. Frankfurt/M. S. 11-50.

- Kluge, B. (1992): Peter Petersen. Lebenslauf und Lebensgeschichte. Auf dem Weg zu einer Biographie. Heinsberg.
- Königliche Akademie Posen (1903): Die Eröffnungsfeier am 4. November 1903: Bericht mit sämtlichen Reden und Ansprachen. Posen.
- Königliche Akademie in Posen (1910): Festschrift zur Einweihung des Neubaus. Am 18. Januar 1910. Posen.
- Königliche Akademie zu Posen: Verzeichnis der Vorlesungen WS 1903/04-WS 1918/19. Posen.
- Korth, R. (1963): Die preußische Schulpolitik und die polnischen Schulstreiks. ein Beitrag zur preußischen Polenpolitik der Ära Bülow. Würzburg.
- Kühnemann, E. (1937): Mit unbefangener Stirn. Mein Lebensbuch. Heilbronn.
- Margies, D. (1972): Das höhere Schulwesen zwischen Reform und Restauration. Die Biographie Hans Richerts als Beitrag zur Bildungspolitik in der Weimarer Republik. Neuburgweier.
- Mommsen, W.J. (1995): Bürgerstolz und Weltmachtstreben. Deutschland unter Wilhelm II. 1890-1918. Berlin. (Propyläen Geschichte Deutschlands. Siebter Band, Zweiter Teil)
- Petersen, P. (1907): Die deutsche Studentenschaft und die Ostmarkenpolitik. In: Das schwarze Brett. 6. Jg., S. 130-131.
- Petersen, P. (1924):. Allgemeine Erziehungswissenschaft. Berlin.
- Petersen, P. (1930): Disziplin und Autonomie in der sittlichen Erziehung. In: Pädagogisches Zentralblatt, 10. Jg., 679-702.
- Retter, H. (1996) (Hrsg.): Reformpädagogik zwischen Rekonstruktion, Kritik und Verständigung. Weinheim.
- Retter, H. (2004): Petersen, Peter. In: Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon. Bd. XXIII, Sp. 1061-1083.
- Ruedorffer, J.J. [Pseudonym f. Riezler, Kurt] (1914): Grundzüge der Weltpolitik in der Gegenwart. Stuttgart.
- Schröder, C. (2001) Wissenschaftspopularisierung im Dienste preußischer „Hebungspolitik“. Die Königliche Akademie im Posener Kultur- und Wissenschaftsmilieu 1903–1919. In: Inter Finitimos. Wissenschaftlicher Informationsdienst deutsch-polnische Beziehungen Nr. 19/20, S. 22–30. (erschienen 2002)
- Schröder, C. (2003): Planung und Gründung der Königlichen Akademie zu Posen 1897-1903. In: Studia Historia Slavo-Germanica, 25. Jg., S.73-99. (erschienen 1904)
- Ssymank, P. (1913): Die geistige Kolonialisierung der deutschen Ostmark. Zum zehnjährigen Jubiläum der Akademie Posen. In: Akademische Rundschau. Zeitschrift für das gesamte Hochschulwesen und die akademischen Berufsstände. Bd. 2, N.F. 1913/14, 2, S. 80-90.
- Stallmeister, W. (1999): Literatur-Dokumentation Peter Petersen, Jenaplan, Erziehungswissenschaft in Jena 1923-1952. Fernuniversität Hagen.
- Tümpel, H. (1917): Gustav Buchholz. Aus dem Leben eines deutschen Mannes. Persönliche Erinnerungen. Leipzig.
- Warschauer, A. (1926): Deutsche Kulturarbeit in der Ostmark. Erinnerungen aus vier Jahrzehnten. Berlin.